

Liberales Zeitung

für Wandsbek

März 2010

FDP

Hamburg

Bezirksfraktion
Wandsbek

Liebe Wandsbeker,

„Vorfahrt für Vernunft“ – so könnte man die positive Halbzeitbilanz unserer Koalition mit der CDU in Wandsbek betiteln. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren einiges erreicht:

Im Bereich der Stadtplanung hat die FDP-Fraktion dafür gesorgt, dass jahrelange Blockaden der Stadtentwicklung wie z.B. im Hinsfeld in Lemsahl oder in der Bergstedter Kirchenkoppel aufgelöst werden konnten. Der Einstieg in die Ablösung der ATAG-Klausel durch modernes Planrecht wird noch in der laufenden Wahlperiode gelingen. Bei der geplanten Überbauung des ehemaligen Concordia-Geländes hat sich die FDP-Fraktion mit ihrem Vorschlag, das Gelände zu parzellieren, an die Spitze der Bewegung gesetzt.

In der Verkehrspolitik hat die FDP-Fraktion den Senat gezwungen, die Planverfahren im Zusammenhang mit der Stadtbahn (Leeschenblick) zu evolvieren und damit die Verantwortung für dieses aus unserer Sicht verfehlte Verkehrsprojekt alleine zu übernehmen. Die Mehrheit der Bezirksversammlung lehnt die vom Senat vorgelegte Planung, die mit der bisherigen U-Bahntrasse nach Bramfeld kollidiert, unverändert ab. Das grüne Projekt shared space, das aufgrund ungeklärter Fragen der Unfallhaftung, vieler Probleme für behinderte Verkehrsteilnehmer sowie auch der Probleme im ruhenden Verkehr nicht ausgereift ist, konnte in Wandsbek verhindert werden. In vielen verkehrspolitischen Einzelfragen von Tempo 60 auf der Alten Landstraße bis zur Öffnung der U-Bahn-Unterführung Volksdorf für den Zweirichtungsverkehr konnten wir außerdem Verbesserungen der Mobilität durchsetzen.

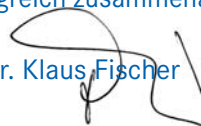
Im Bereich der Finanz- und Kulturpolitik konnte die FDP-Fraktion die Transparenz bei den öffentlichen Zuwendungen erhöhen. Darüber hinaus haben wir für eine deutliche Verstärkung der nicht-stationären Kulturförderung gesorgt. Dies kommt vor allem der ehrenamtlichen Kulturarbeit in den Stadtteilen ohne Stadtteilkulturzentrum zugute. Auch die beiden Wandsbeker Kulturpreisträger der laufenden Wahlperiode gehen auf Vorschläge unserer Fraktion zurück.

Im Rahmen der Beteiligung der Bezirke an der geplanten Schulreform konnte die Fraktion die Bedenken der FDP insbesondere hinsichtlich der baulichen und zeitlichen Umsetzung der Reform aber auch der Benachteiligung der freien Schulträger deutlich machen.

In der Sozial- und Jugendpolitik aber auch in den Regionalausschüssen konnten wir in vielen Fällen Anliegen von Vereinen, Organisationen und einzelnen Bürgern aufgreifen und Abhilfe schaffen. Die Fraktion hat die Verankerung der FDP bei den Bürgern des Bezirks in den vergangenen zwei Jahren deutlich vorangebracht. Dies gilt auch für unsere Vertreter im Wandsbeker Migrationsbeirat sowie bei Jugend im Parlament. Diese Arbeit am Bürger, die auf unzähligen Veranstaltungen und in vielen Einzelgesprächen stattfindet, gilt es fortzusetzen und - wo möglich - noch zu intensivieren.

Über 30 interfraktionelle Anträge sprechen zudem dafür, dass die FDP-Fraktion mit allen Parteien der Bezirksversammlung äußerst erfolgreich zusammenarbeitet.

Ihr Dr. Klaus Fischer



Dr. Klaus Fischer

IMPRESSUM:

Verantwortlich: Dr. Klaus Fischer
Redaktion: Uschi Mock, Hans-Richard und Helga Daniel,
Dr. Thomas-Sönke Kluth
Layout & Druck: Druck & Medien Kontor
Fahlbusch + Hamelberg GmbH,
Rotenburg (W.), 042 61 / 855-130

Herausgeber: FDP-Bezirksfraktion Wandsbek
Wandsbeker Marktstraße 42, 3. OG
22041 Hamburg
Tel. 25 49 88 14 · Fax 25 41 88 05
geschaeftsstelle@fdp-fraktion-wandsbek.de
Internet: www.fdp-fraktion-wandsbek.de

Bürgersprechstunde:
jeweils donnerstags
von 14–16 Uhr
Rufen Sie uns gerne an oder vereinbaren Sie einen Termin.

Schulen in freier Trägerschaft

Vor dem Hintergrund, dass mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes auch für Schulen in freier Trägerschaft neue Schulstrukturen festzulegen sein werden, da die Primarschule als Schulform künftig auch noch die Klassen 5 und 6 umfasst, stellte die FDP-Fraktion den Antrag, die zuständige Fachbehörde zu bitten, den Privatschulen Mitgestaltungsrechte bei der Reform zu gewähren sowie den Trägern der Privatschulen die durch die Schulreform entstehenden Kosten mitzufinanzieren. Viele Privatschulen, insbesondere die katholischen Schulen im Bezirk Wandsbek, haben große Mühe, diese Reform praktisch umzusetzen. Es fehlen zur Anpassung an das staatliche Schulsystem die Mittel zur notwendigen baulichen Erweiterung der bisherigen Grundschulen. Eine Schulreform kann jedoch ohne Regelung der Unterstützung und Mitfinanzierung nicht gelingen. Presseberichte bestätigten, dass die privaten Schulen gezwungen sind, schon jetzt mit Planung, Finanzierung oder sogar Baumaßnahmen zu beginnen, ohne zu wissen, wie die Finanzierung zustande kommt.

Die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) nimmt wie folgt Stellung:

Ein Mitgestaltungsrecht von Privatschulen bzw. Privatschulträgern bei Gesetzesvorhaben der Freien und Hansestadt Hamburg ist nach der Hamburgischen Verfassung nicht vorgesehen. Im Rahmen einer Expertenanhörung im Schulausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 29. Oktober 2009 hatten sowohl die Träger der Schulen in freier Trägerschaft als auch die Katholische Kirche und die Nord-elbische Evangelisch-Lutherische Kirche die Gelegenheit, zum Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Der zuständigen Behörde ist bekannt, dass einzelne Träger von Schulen in freier Trägerschaft Investitionen mit Blick auf die Umsetzung der Schulreform im staatlichen Schulwesen für erforderlich halten. Ein formaler Austausch darüber, warum baulicher Aufwand an welchem Standort in diesem Zusammenhang erforderlich ist und warum dieser nicht aus der laufenden staatlichen Finanzhilfe finanziert werden kann, steht aus. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Hamburger Ersatzschulträger neben der laufenden staatlichen Finanzhilfe zusätzlich am Konjunkturprogramm des Bundes beteiligt werden. Hieraus werden in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt 3.256.000 Euro geleistet.

Umwelthauptstadt 2011 und Wandsbek



Klaus-Dieter Abend

Am 23.02.2009 erfolgte durch die EU-Kommission in Brüssel die Verleihung des Titels „European Green Capital 2011“ an die Stadt Hamburg. Die Umwelthauptstadt 2011 soll zu einer Plattform für den europaweiten Austausch von Experten und Bürgern über Umweltfragen werden und dabei die ganze Stadt einbeziehen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bezirksabgeordnete Klaus-Dieter Abend für unsere Fraktion die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt um die Beantwortung folgender Fragen gebeten, deren Beantwortung noch aussteht.

1. Ist die Bezirksverwaltung in Wandsbek in die Planungen zur Umwelthauptstadt 2011 eingebunden? Wenn ja, in welcher Form und Intensität und erhält die Bezirksverwaltung dafür ausreichende Finanzmittel?
2. Werden Bereiche des Bezirks Wandsbek eingebunden in die geplanten Umwelttouren? Wenn ja, welche?
3. Sind Fachveranstaltungen im Gebiet des Bezirks Wandsbek geplant? Wenn ja, welche?
4. Wie sollen die Bürger Wandsbeks direkt einbezogen werden? Sind neben dem zentralen „Info-Point“ in Hamburg und dem Internet-Portal auch dezentrale Informationsmöglichkeiten vorgesehen?

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) antwortet am 09.03.2010:

Die Bezirke spielen eine wichtige Rolle, um das Umwelthauptstadtjahr 2011 in Hamburg mit Leben zu füllen. Die Bezirksämter sind über einen Arbeitskreis in die Vorbereitungen und die Organisationsstruktur des Projekts „Hamburg – Umwelthauptstadt 2011“ eingebunden. Zu einem ersten Treffen am 6. Januar 2010 wurden alle Bezirksamtsleiter sowie Fachvertreter aus dem Bereich Umwelt eingeladen und über den Stand der Planungen für die Umwelthauptstadt informiert. Die Bezirksämter sind aufgefordert, sich mit eigenen Ideen in die Vorbereitungen für das Jahr 2011 mit einzubringen. Gesonderte Finanzmittel werden nicht bereit gestellt, es besteht jedoch die Möglichkeit, Mittel für Projekte und Aktivitäten im Rahmen der Umwelthauptstadt in den bestehenden Förderprogrammen zu beantragen. Geplante Projekte sollen einen möglichst konkreten und messbaren Beitrag zur Verbesserung des Umweltschutzes bzw. zur Erhöhung des Umweltbewusstseins in Hamburg leisten. Neben eigenen Projektideen kommt für alle Bezirksverwaltungen insbesondere eine Beteiligung an den geplanten Umwelttouren der Stadt in Betracht. Auf Umwelttouren sollen die Hamburger Bevölkerung sowie Besucherinnen und

Besucher der Stadt sich über Umweltschutzprojekte in Hamburg informieren können. Umwelttouren sollen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kooperationspartnern angeboten werden. Zurzeit werden Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern, auch in den Bezirken, geführt. Der Senat beabsichtigt darüber hinaus, die Bürgerinnen und Bürger in ganz Hamburg umfassend in die umwelt- und klimapolitische Diskussion einzubeziehen. Es sollen daher „Umwelthauptstadt-Werkstätten“ zu

zentralen Themen der kommunalen Klima- und Umweltpolitik durchgeführt werden, um neue Perspektiven in den genannten Themenfeldern zu entwickeln. Über mögliche Veranstaltungsorte ist noch keine Entscheidung getroffen, ein erster grober Veranstaltungskalender wird im 2. Quartal 2010 vorliegen. Es wird zurzeit geprüft, an welchen dezentralen Stellen über die Umwelthauptstadt informiert werden kann.

Bushaltestelle Schwarzer Weg

Eine Anfrage von Frau Daniel, warum sich die Aufstellung eines Fahrgastunterstandes so schwierig gestaltet, nachdem die Bushaltestelle Schwarzer Weg (Richtung Barmbek der Linie 277 im Oktober 2008 aufwendig instand gesetzt wurde, ergab, dass die Firma J.C. Decaux einen diesbezüglichen Antrag am 7.09.2009 gestellt hat, über den bis zum 15.10. (Tag der Beantwortung) noch nicht entschieden war, weil das Votum des RA Bramfeld sowie der abschließende Beschluss der Bezirksversammlung noch ausstanden. Mit den Stimmen der CDU, FDP und Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke, GAL und Stimmen der SPD fasste der RA Bramfeld am 11.11.2009 den Beschluss, dem neu geplanten Aufstellungsstandort Schwarzer Weg stadteinwärts zuzustimmen. Aufgrund der bestehenden Bürgerbeschwerden hinsichtlich des

fehlenden Fahrgastunterstandes (FGU) wurde vorübergehend ein mobiler FGU im Eckbereich Steilshooper Straße / Schwarzer Weg aufgestellt. Nach Abstimmung mit dem zuständigen PK 36 und der Hochbahn kann dieser Standort auch für die Aufstellung des fest einzurichtenden FGU genutzt werden. Eine Aufstellung des FGU an dem alten Standort ist nicht möglich, da der neue FGU (für Hamburg abgestimmte Variante) die Nutzung des nur 1,5 m breiten Gehweges beeinträchtigen würde. ... In Abstimmung mit dem Polizeikommissariat 36 wird der neue Standort für realisierbar gehalten, da die Beurteilungskriterien Verkehrssicherheit (z.B. Sichtbeziehungen), verkehrstechnische (z.B. Leitungen) und stadtgestalterische Fragen, Grün- und Baubelange sowie die Prüfung der Verträglichkeit mit dem unmittelbaren Umfeld für die Standortwahl erfüllt sind.



Helga Daniel

Wandsbeker Kulturpreis für den Kulturkreis Walddörfer e.V.

Auf Vorschlag von Hans-Richard Daniel hat der Ausschuss für Finanzen und Kultur in seiner Sitzung am 10.11.2009 einstimmig beschlossen, den Wandsbeker Kulturpreis 2009 in Höhe von 2.000 Euro aus Kulturmitteln an den Kulturkreis Walddörfer e.V. zu vergeben.

Die Preisverleihung fand im Rahmen einer kleinen Feierstunde zu Beginn der Bezirksversammlung am 21. Januar 2010 statt. Aus der Hand des Bezirksversammlungsvorsitzenden nahmen die Vertreter des Kulturkreises den Preis entgegen. Der Kulturkreis bedankte sich bei den Bezirksabgeordneten mit einem Auftritt der Kabarettis-

tengruppe „die antenne“; dieses Kabarett ist vor Jahren aus dem Kulturkreis Walddörfer hervorgegangen.



Die Preisträger des Kulturkreises Walddörfer: v.r.n.l.: Gerhard Hirschfeld, Helmer-Christoph Lehmann, Ernstwalter Clees, 2. Reihe re: Hans-Richard Daniel.

Schnee- und Eisräumdienste verbessern – „Freiwillige Eiswehren“ gründen

Mit den Stimmen der Fraktionen FDP, CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der GAL-Fraktion fasste der RA Walddörfer am 04.02.2010 auf Antrag der FDP-Fraktion den Beschluss, das Bezirksamt zu bitten, unter Beteiligung der Bürgervereine oder freiwilligen Feuerwehren, ggfs. zusammen dem technischen Hilfswerk und anderen ehrenamtlichen Organisationen, ein Konzept zur Verbesserung des Räumdienstes in Wandsbek bei extremen Winterwetterlagen zu erarbeiten. Dabei sollte die Verwaltung entsprechendes Räumgerät und Streumaterial dezentral zur Verfügung stellen und die zu rekrutierenden ehrenamtlichen Kräfte vor Ort die Unterstützung der öffentlichen Räumdienste an neuralgischen Punkten auf den Nebenstraßen sowie auch in den Ortskernen übernehmen. Für ältere Bürger ist die vorübergehende Einrichtung eines „Eistelefons“ in Verbindung mit den Wegewarten des Bezirksamts

zu prüfen. Über diese Telefonnummer sollen diejenigen, die die Räumdienste selbst nicht mehr leisten können, entsprechende ehrenamtliche Hilfe anfordern können.

Auslöser für diesen Antrag waren die extremen Schneefälle mit Glatteis und die darauf zurückzuführende Vielzahl von Unfällen. Statt selbst mehr zu tun, beschränkte sich die Stadt jedoch darauf, die Anlieger auf Ihre Räumverpflichtungen auf den Gehwegen verstärkt hinzuweisen. Dazu Dr. Fischer: „Dies ist zwar sicherlich auch erforderlich, löst aber nicht das Grundproblem, dass Hamburg offensichtlich auf einen Winter wie diesen nicht vorbereitet ist. Es fehlt an passendem Räumgerät sowie an Koordinierung und Initiative.“

Eine aktuelle Stunde zum Thema „BSU führt Bürger aufs Glatteis“ fand auf Antrag der FDP-Fraktion in der Sitzung der Bezirksversammlung statt.

Shared Space nur in einem Hamburger Bezirk als Pilotprojekt

Nach dem vorliegenden Prüfungsergebnis für die Einrichtung einer Gemeinschaftsstraße im Bezirk Wandsbek hielt das Fachamt Management des Öffentlichen Raumes die Kunaustraße ab Redder mit dem Saseler Markt für gut geeignet. Die Kosten für den Umbau werden von MR3 auf 2,1 Mio. geschätzt.

Vor dem Hintergrund, dass diesem erheblichen Aufwand keine gesicherten Erkenntnisse über den Nutzen von Shared Space gegenüberstehen, fasste die Bezirksversammlung mit den Stimmen von FDP und CDU den Beschluss, den Senat zu bitten, das Shared Space Projekt im Bezirk Wandsbek erst nach Vorliegen belastbarer Zahlen zur Unfallentwicklung bei Shared Space in einer mit den Hamburger Verhältnissen vergleichbaren Großstadt einzuführen. Zur Untersuchung der Wirkungen von Shared Space insbesondere auf die Unfallentwicklung kann ein entsprechendes Modellversuchsgebiet in Hamburg eingerichtet werden. Hierzu sind durch die Fachbehörde die bislang vorliegenden Kriterien unter Berücksichtigung der Unfallproblematik fortzuentwickeln. Die bislang in Wandsbek vorliegenden Vorschläge zur Einführung von Shared Space werden zurückgestellt. Sie erscheinen aufgrund der bei der Auswahl nicht berücksichtigten Unfallthematik als

Modellversuchsgebiet nicht geeignet. Die Bezirksamtsleitung wird gebeten, sich bei der Finanzbehörde dafür einzusetzen, die durch die Zurückstellung des Shared Space-Projekts in Wandsbek eingesparten Finanzmittel dem Bezirkshaushalt für Straßenunterhalt zuzuführen.

Eine Untersuchung der Firma LOGIS NET von September 2009 in dem bislang einzigen Projekt in der niedersächsischen Kleinstadt Bohmte (13.300 Einwohner) hatte ergeben, dass es seit Einführung von Shared Space zu einem Anstieg der Unfallzahlen gekommen war; Radfahrer scheinen danach die am meisten gefährdeten Verkehrsteilnehmer zu sein. Ebenso wurden die radikale Reduzierung der Verkehrsregeln und das daraus resultierende Verhalten der Verkehrsteilnehmer von den Bürgern äußerst kritisch beurteilt. Eine Auswirkung auf das Gewerbe hinsichtlich Umsatz und Kundenzahl konnte nicht festgestellt werden. Die Unfallforschung der Versicherer (UDV) hatte in seiner Stellungnahme vom 11. November 2009 darauf hingewiesen, dass die selbsterklärenden Straßenräume zu Lasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer gehen, insbesondere Kinder, Senioren, Behinderte, die auf gesicherte und deutlich erkennbare Verkehrsführung angewiesen sind.

Ensembleschutz Siedlung Berne

Das Denkmalschutzamt hat der Genossenschaft Gartenstadt Hamburg e.G. mitgeteilt, dass die „Siedlung Berne“ in die Liste der zu schützenden Denkmäler - sog. „Ensembleschutz“ - aufgenommen worden ist. Dies hat zur Folge, dass die Eigentümerin jede bauliche Veränderung bzw. Abriss usw. dem Denkmalschutzamt und der Bauprüfdienststelle des Bezirksamtes anzuzeigen hat. Die Siedlung Berne“ besteht aus 541 Kleinwohnungen, die in der Zeit von 1920 bis 1929 errichtet wurden auf Grundstücken mit einer durchschnittlichen Größe von rd. 1000 qm. Die Häuser verfügen über eine Wohnfläche von 50 bis max. 70 qm und haben keine ausreichende Wärmedämmung. Während die langjährigen älteren Bewohner überwiegend zufrieden sind und Veränderungen nicht für erforderlich halten, sind die Wohnungen insbesondere für junge Familien ungeeignet, da die Wohnfläche nicht den Erfordernissen für familiengerechtes Wohnen entspricht; die Richtwerte einer Wohnungsgröße im Sozialen Wohnungsbau werden nicht erreicht, sondern meist deutlich unterschritten. Die Mieterfluktuation liegt zwischen 7 und 8 %. Im Rahmen dieser natürlichen Fluktuation möchte die Genossenschaft die Häuser modernisieren und den heutigen Wohnbedürfnissen anpassen. Im Rahmen dieser langfristigen Geschäftsstrategie wird auch eine behutsame Nachverdichtung auf den großen Grundstücken verfolgt. Diese langfristige, wohnungswirtschaftlich vernünftige Geschäftspolitik der Genossenschaft ist durch eine Unterschutzstellung der „Siedlung Berne“ als städtebauliches Ensemble stark eingeschränkt bzw. unmöglich geworden. Nach einem Gespräch mit dem Vorstand der Genossenschaft wollte die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag erreichen, dass bei einer Unterschutzstellung nach § 6 Abs. 2 des Denkmalschutzgesetzes (Erlass einer Rechtsverordnung auf Basis der Beschlussfassung durch die Bezirksversammlung) das Ziel der Schaffung familiengerechten Wohnraums zu berücksichtigen ist. Durch die Unterschutzstellung dürfe im Sinne einer auch familienorientierten Stadtentwicklung die langfristige Ausnutzung der Baulandreserven nicht vollständig verhindert werden. Die zuständigen Behörden wurden deshalb um Prüfung gebeten, ob den Zielen des Denkmalschutzes nicht ebenso gut entsprochen wird, wenn nur ein Teil der „Siedlung Berne“ in Zusammenarbeit mit der Genossenschaft bzw. Teile der denkmalschutzwürdigen Gebäude unter Schutz gestellt werden. Die langfristigen finanziellen Möglichkeiten der Genossenschaft sollen hierbei besonders berücksichtigt werden. Der Fortbestand der Genossenschaft



Hans-Richard Daniel und Holger Müller

soll durch die Denkmalschutzmaßnahmen nicht gefährdet werden.

Dieser Debattenantrag der FDP-Fraktion wurde in der Bezirksversammlung am 10.12.2009 mit den Stimmen der CDU- und SPD-Fraktionen angenommen. Angesichts dieser eindeutigen Beschlusslage hielt es die zuständige Fachbehörde für erforderlich, die nachstehende Stellungnahme der Bezirksversammlung in ihrer Sitzung am 25.2.2010 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Die Behörde für Kultur, Sport und Medien nimmt zu dem Beschluss der Bezirksversammlung Wandsbek wie folgt Stellung:

Aus fachlichen Gründen ist es nicht möglich, die Eintragung in die Denkmalliste auf einen Teilbereich der Siedlung zu begrenzen, da die Siedlung nach einheitlichen städtebaulichen Grundsätzen gestaltet wurde und auch die Bauten bis auf wenige Ausnahmen auf den Architekten Friedrich R. Ostermeyer zurückgehen. Darüber hinaus wird die Anlage auch heute noch einheitlich wahrgenommen. Es ließe sich also nicht begründen, warum ein Gebäude Denkmal ist, das identische Nachbargebäude aber nicht.

Die Gartenstadt Berne eG hat in der Vergangenheit ihr Eigentum in vorbildlicher Weise erhalten. ... Wenn der Eigentümer eines eingetragenen Denkmals konkrete Veränderungen wünscht, benötigt er die Genehmigung der zuständigen Behörde. ... Bei der Genehmigung ist, wie im Denkmalschutzgesetz vorgesehen, auch zu prüfen, ob die Versagung oder Auflagen dem Eigentümer wirtschaftlich zumutbar sind.

Aus dieser Gesetzessystematik ergibt sich, dass die Eintragung in die Denkmalliste keine wirtschaftliche Einschränkung bedeutet. ... Einer weiteren Entwicklung der Denkmale steht der Denkmalschutz nicht entgegen, vielmehr setzt er auf ihre nachhaltige Nutzung unter Erhalt der Denkmalqualität. So sind etwa in der Gartenstadt Berne maßvolle Erweiterungen der Wohnflächen durch rückwärtige Anbau-

ten durchaus denkbar, um die Gebäude für Familien attraktiv zu halten.

Nun warten wir in der Bezirksversammlung mit Spannung auf den vorzulegenden Entwurf einer Rechtsverordnung, der einerseits die Beschlüsse der Bezirksversammlung berücksichtigen muss und andererseits den Vorstellungen des Denkmalschutzamtes entsprechen soll. Unsere Fachleute für Wohnungsfragen Holger Müller und Hans-Richard Daniel werden sich weiter in dieser Thema-

tik engagieren und die Entwicklung aufmerksam verfolgen. Denn auch der Vortrag der Fachreferentinnen aus dem Denkmalschutzamt in der Sitzung des Planungsausschusses am 23.2.2010 ließ etliche Fragen offen, machte aber zugleich deutlich, dass die von der Bauprüfungsdienststelle Wandsbek an dem Tag gelegte Stringenz bei der Anwendung der Denkmalschutzbestimmungen wenig hilfreich ist. Denkmalschutz lässt sich nur mit den Bürgern und nicht gegen die Bürger verwirklichen.

Vertreter der Bezirksversammlung in der Regionalen Bildungskonferenz

Es ist bisher vorgesehen, dass die Bezirksversammlung mit drei Vertreter/innen auf der Regionalen Bildungskonferenz vertreten ist. Diese Tatsache schränkt die Mitwirkungsrechte von zwei Fraktionen willkürlich ein. Außerdem sind die Fraktionen bisher nicht in die Entwicklung der Ziele und Themen der Regionalen Bildungskonferenzen eingebunden. Es wurde deshalb um Beschlussfassung gebeten, dass die Bezirksamtsleiterin sich dafür einzusetzen möge, dass je ein/e Vertreter/in der in der Bezirksversammlung Wandsbek vertretenen Fraktionen in die neu zu bildende Regionale Bildungskonferenz

durch die Bezirksversammlung entsandt wird. Ferner sind zeitnah Vertreter/innen der Behörde für Schule und Berufsbildung in den Ausschuss für Soziale Stadtentwicklung einzuladen, um dort über den gegenwärtigen Stand und weitere Planungen zur Einrichtung Regionaler Bildungskonferenzen zu berichten. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung möge sich gegenüber der Behörde für Schule und Berufsbildung dafür einzusetzen, dass die Bezirksversammlung selbst Vorschläge zu Zielen und Themen der Regionalen Bildungskonferenz in die Arbeitsgruppe einbringen darf.

Personalien

Herr Adel Ben Fredj, Stellvertreter von Klaus-Dieter Abend im Regionalausschuss Wandsbek-Kern, ist in den Migrationsbeirat Wandsbek gewählt

worden. Er nahm aus der Hand von Bezirksamtsleitern Cornelia Schröder-Piller seine Ernennungsurkunde in Empfang.



Dr. Johannes Lagemann ist als Stellvertreter von Dr. Klaus Fischer in den Regionalausschuss Walddörfer berufen worden. Er löst damit den Bezirksvorsitzenden Jan-Christopher Witt ab.



Rettungswagen der Berufsfeuerwehr in den nördlichen Walddörfern stationieren

Zu dem Antrag nimmt die Behörde für Inneres wie folgt Stellung: „Die Feuerwehr ist die zuständige Behörde für die Sicherstellung einer flächendeckenden bedarfsgerechten rettungsdienstlichen Versorgung der Bevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg sowie die Durchführung der Notfallrettung. Sie überprüft die Einsatzentwicklung und die Standorte der Rettungsmittel regelmäßig nach festgelegten Kriterien und leitet die gegebenenfalls erforderlichen Anpassungsmaßnahmen ein. Hierzu gehört auch die Überprüfung der Einsatzentwicklung bei den in die rettungsdienstliche Erstversorgung eingebundenen Freiwilligen Feuerwehren. Im Rahmen der aktuellen Prüfung wird gegenwärtig ein Standort für einen Rettungswagen im nordöstlichen Hamburg in Erwägung gezogen. Die Analyse der Einsatzentwicklung in den einzelnen Stadtteilen erfolgt grundsätzlich im jährlichen Rhythmus. Die Zuständigkeit für die Aufgabenwahrnehmung im öffentlichen Rettungsdienst ist im Hamburgischen Rettungsdienstgesetz festgelegt. Im Rahmen dieser Bestimmungen wird die Feuerwehr Hamburg als zuständige Behörde weiterhin einen bedarfsgerechten und leistungsfähigen Notfallrettungsdienst sicherstellen.“

■ Marienthal:

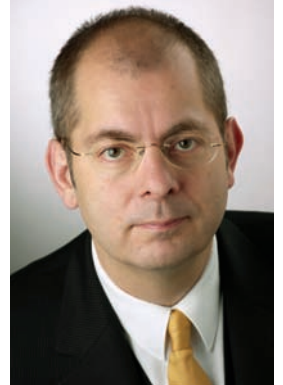
Bebauung des Concordia-Stadions sorgfältig planen!

Dr. Thomas-Sönke Kluth, Stellvertretendes Mitglied des Stadtplanungsausschusses

Spätestens seit der traditionsreiche Sportverein SC Concordia seinen Spielbetrieb im Juli 2009 aus Kostengründen einstellen musste, ist die zukünftige Nutzung des ehemaligen Concordia-Stadions an der Oktavio-Straße in Marienthal in der öffentlichen Diskussion. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt will das städtische, etwa 1,5 ha große Gelände für den Wohnungsbau nutzen. Die Finanzbehörde, die mit der Vermarktung beauftragt ist, möchte in Zeiten knapper Haushalte einen möglichst hohen Kaufpreis erzielen. Sie plant eine öffentliche Ausschreibung und will dem Gewinner auferlegen, das Grundstück im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbs zu überplanen. Die FDP-Bezirksfraktion und auch der FDP Kreis Wandsbek haben in den bezirklichen Gremien und auch in Gesprächen mit einer Anwohner-Initiative frühzeitig deutlich gemacht, dass durch dieses Verfahren die Interessen des Bezirkes nur ungenügend berücksichtigt werden. Zu diesen Interessen gehören neben einer maßvollen und behutsamen Bebauung des Grundstückes vor allem auch der Schutz des Wandsbeker Gehölz sowie der Erhalt

der historischen städtebaulichen Struktur Marienthals, wie es auch den Zielen des Bebauungsplanes Marienthal 11 entspricht, in dessen Geltungsbereich der Sportplatz liegt.

Die FDP-Fraktion setzt sich daher dafür ein, dass der Bezirk die Federführung bei der Überplanung des Geländes erhält. Desweiteren hat die FDP-Bezirksfraktion in der Bezirksversammlung am 25. Februar 2010 den Antrag eingebracht, eine Überprüfung des Ausschreibungsverfahrens vorzunehmen, so dass im Interesse eines Strukturerehalts auch privaten Bauherren der Erwerb von Baugrundstücken ermöglicht wird. Der Antrag ist von der Bezirksversammlung mit großer Mehrheit beschlossen worden. Und schließlich hat die FDP-Fraktion im Stadtplanungsausschuss mit dafür gesorgt, dass die Zielsetzungen der Überplanung stärker dem Gesichtspunkt des Strukturerehalts von Marienthal Rechnung tragen, nämlich in Bezug auf die geplante Baustruktur (Einfamilienhäuser, Doppelhäuser), die Bebauungsdichte sowie die Geschossigkeit.



Dr. Thomas-Sönke Kluth

■ Ent- und Auslastung des P+R-Parkplatz Ohlstedt

Die Koalitionspartner FDP und CDU teilen die Ansicht der Verwaltung nicht, nach deren Erhebung der P+R Parkplatz Ohlstedt nur eine durchschnittliche Belegung von 86 % ergeben hat.

In einem interfraktioneller Antrag beider Fraktionen wird die Verwaltung deshalb gebeten, dem Regionalausschuss darzulegen, auf welche Weise bzw. an welchen Tagen die P&R Bestandsdaten bzw. die Belegungserhebung 2008 erhoben wurden. Ferner ist dem RA Walddörfer darzulegen,

wie bei einem Parkplatz mit einer bestimmten Stellflächenzahl eine Belegung von über 100% nachzuweisen ist. Eine Verlegung der Müllcontainer auf den Grünstreifen zwischen Timms Hege und P+R Parkplatz sowie des Parkplatzes des Sportvereins DuWo 08 ist zu prüfen. Sollte sich die Parkfläche am Brunskrogweg im Eigentum der Stadt befinden, wird die Verwaltung gebeten, eine Befestigung zu veranlassen, um die Parknutzung zu verbessern.

■ Gedenksteine in Volksdorf

In Volksdorf befinden sich in dem Gründreieck „Im Alten Dorfe“ gegenüber der Filiale der Hamburger Sparkasse die Gedenksteine:

- für die Toten des Krieges 1870/71
- Kaiser-Wilhelm I von 1897 sowie
- des Verbands der Heimkehrer

Alle drei Gedenksteine befinden sich in einem unwürdigen Zustand. ... Der Regionalausschuss Walddörfer hat deshalb beschlossen, die Verwaltung mit der Klärung der Zuständigkeit der

Unterhaltsfrage für die Gedenksteine beauftragt. Ferner ist für einen Rückschnitt des umgebenden Grüns sowie eine Reinigung der Steine zu sorgen. Eine grobe Schätzung der Kosten für die Wiederherstellung der Inschrift auf dem Gedenkstein 1870/71 sowie für die Instandsetzung des Gedenksteins der Heimkehrer ist vorzunehmen. Hinsichtlich weitergehender Sanierungsmaßnahmen soll die Möglichkeit der der Kostenübernahme durch Patenschaften geprüft werden.

Instandsetzung der Verbindungswege in Ohlstedt

Einstimmig fasste der Regionalausschuss Walddörfer den Beschluss, die Verbindungswege zwischen Ohlstedter Platz und der Straße im Dorfe sowie den Verbindungsweg vom Ohlstedter Platz Nr. 2 bis 29a baldmöglichst in einen verkehrsgerechten Zustand zu bringen. Das Begleitgrün soll in mindestens jährlichem Rhythmus zurückgeschnitten werden. Aufgrund starker Regenfälle sind diese beiden Wege durch tiefe Schlaglöcher gekennzeichnet, das Randgrün war im gesamten Jahr 2009 nicht zurückgeschnitten worden.

Aus den vielen Anfragen unserer Bezirksabgeordneten Brigitte Lafrenz, die Sie im Wortlaut auf unserer Homepage finden, ergibt sich dass...



Brigitte Lafrenz

- am 01.06.2009 im Bezirk Wandsbek insgesamt 14.739 Kinder im Kita-Gutschein-System betreut wurden, davon 1.885 in der Krippe, 3.906 im Hort und 8.948 in der Elementarstufe.
- am 31.12.2008 im Bezirk Wandsbek insgesamt 62.914 Kinder und Jugendliche im Alter von 0-17 Jahren gemeldet waren, davon 32.334 männliche und 30.580 weibliche, davon die meisten in Rahlstedt mit 14.054 (7.236 m, 6.818 w) und die wenigsten in Wohldorf-Ohlstedt mit 909 (470 m, 439 w).
- die Vernetzungsstelle Schulverpflegung, die aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und von drei Hamburger Behörden (BSG, BSB, BWA) finanziert wird, am 1. September 2009 mit ihrer Arbeit begonnen hat. In diesem

Rahmen werden Unterstützungsmodule zur Verbesserung der Schulverpflegung entwickelt und den Schulen bereitgestellt.

- im Bezirk Wandsbek im Rahmen des Projekts „Teach first“ 2 „Fellows“ (von insgesamt 20 in Hamburg) an der Otto-Hahn-Schule und der Schule Am Eichtelpark den Unterricht begleiten. Die „Fellows“ sind Universitätsabsolventen, die auf einen früheren Karrierestart verzichten, um an Schulen den Unterricht zu begleiten. Sie erhalten eine dreimonatige Vorabqualifizierung durch Teach First; sie werden während ihres Einsatzes an den Schulen beraten und betreut durch einen schulinternen Mentor; Fortbildungsangebote werden bereitgestellt.

Zu guter Letzt ODER wie Anfragen auch beantwortet werden: „Schulentwicklungsplan und Volksentscheid“

Unsere Anfrage vom 16.02.2010 lautete:

Im Rahmen des neuen Schulentwicklungsgesetzes wird die Fusion von bestehenden Schulen zu Primarschulen betrieben, die teilweise mehrere Standorte aufweisen sollen. Da der Ausgang des bevorstehenden Volksentscheides offen ist, stellt sich für die Kommunalpolitik die Frage, ob für den Fall einer Nichteinführung der Primarschule die darauf ausgerichtete Schulstandortstruktur diesen Rahmenbedingungen im Interesse eines weiterhin geordneten Schulbetriebes Rechnung tragen soll. Wir bitten die Behörde um folgende Informationen: Die Behörde für Schule und Berufsbildung nimmt wie folgt Stellung: 12.03.2010

1. Werden alle betriebenen Fusionen von Schulen an einem oder mehreren Standorten im Bezirk Wandsbek unabhängig von der Einführung der

- Primarschule in jedem Fall umgesetzt werden?
2. Wenn nein, welche Veränderungen würden folgen?
3. Wird die Anpassung von Organisationen und Personalstrukturen an den zu fusionierenden Schulen unabhängig von der Einführung der Primarschule in jedem Fall und in vollem Umfang umgesetzt werden?
4. Wenn nein, welche Veränderungen würden erfolgen?

Die Behörde für Schule und Berufsbildung nimmt am 12.03.2010 wie folgt Stellung:

Zu 1. bis 4.:

Die BSB beantwortet hypothetische Fragen grundsätzlich nicht.

Für diese tiefeschürfende Antwort benötigte die BSB knapp 4 Wochen.